Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 56 (1964)

Heft: 6

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

3¼ Prozent mit einer Laufzeit von 24 Jahren zu gewähren. Mit diesen Mitteln können rund 200 Wohnungen für Arbeitnehmer der Stahlindustrie gebaut werden.

Zusammenfassend kann über die Maßnahmen auf dem Wohnungsbausektor folgendes gesagt werden: Vom Beginn der Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues für die Arbeitnehmer der Industrien der Montanunion bis zum 1. Januar 1963 hat die Hohe Behörde sich im Rahmen von zwei Versuchsprogrammen und vier Finanzierungsprogrammen am Bau von 66 896 Wohnungen beteiligt, von denen 41 071 vermietet werden und 25 825 in das Eigentum der Arbeitnehmer übergehen sollen. Am 1. Januar 1963 waren 47 318 Wohnungen fertiggestellt, 12 187 befanden sich im Bau, und der Bau von 7391 Wohnungen war in Vorbereitung.

Die Hohe Behörde ist nicht nur im Wohnungsbau, sondern auch bei vielen ihrer andern erwähnten sozialen Aufgaben so regsam. Es darf gehofft werden, daß dies so bleibt oder, falls die gegenwärtige Hochkonjunktur anhält, die Bemühungen auch in finanzieller Hinsicht noch gesteigert werden zum Segen aller Arbeitnehmer der EGKS-Länder.

Pietro Aeschimann, Langenthal

Quelle: 11. Gesamtbericht der EGKS 1963.

Zeitschriften-Rundschau

«*Wirtschaftspolitik auf sittlicher Grundlage*» war das Thema eines Vortrages, den der österreichische Vizekanzler, Dr. *Bruno Pittermann*, kürzlich in Wien hielt. In Heft 9 (Anfang Mai 1964) der österreichischen sozialistischen Halbmonatsschrift «*Die Zukunft*» wird dieser Vortrag des führenden österreichischen Sozialisten in extenso wiedergegeben. Pittermanns Ausführungen scheinen uns so informativ, daß wir sie auch unseren Lesern möglichst eingehend vermitteln wollen:

«Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber den von Nichtsozialisten vertretenen Auffassungen über die Zusammenarbeit zwischen Unternehmungen der öffentlichen und der privaten Wirtschaft stellen die im sozialistischen Programm geforderte Wirtschaftsplanung, die demokratische Kontrolle über die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und über die Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages dar. Doch zeigt die wirtschaftspolitische Entwicklung auch in staatlichen Gemeinschaften, die unter konservativer Führung stehen, in zunehmendem Maße die Tendenz zur langfristigen Planung der Wirtschaftsentwicklung. Zumindest zeigt sich diese Tendenz im Bereiche der öffentlichen Wirtschaft durch langfristige Planung der sich hier ergebenden Staatsaufgaben und der Aufbringung und Verwendung der dazu notwendigen Mittel. Ebenso ist die demokratische Kontrolle durch die gesetzgebende und vollziehende Staatsgewalt heute keineswegs mehr ausschließlich die Angelegenheit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik ...

Wenn an die Stelle des schrankenlosen Kampfes zuerst ein gemeinsames Bemühen um die größtmögliche Stei-

gerung des gesellschaftlichen Ertrages tritt, dann wird die Auseinandersetzung um die Verteilung dieses Ertrages nicht mehr wie in der klassischen Zeit durch die organisatorische Stärke oder die monopolistische Stellung in der Produktion und auf dem Markt entschieden werden, sondern immer stärker durch die Auseinandersetzung und daran anschließende Einigung am Verhandlungstisch. In Oesterreich sind daher Streikbewegungen selten geworden...

Die wirtschaftliche Auseinandersetzung in der staatlichen Gemeinschaft wird immer stärker von den Auseinandersetzungen um jene Ertragsanteile beherrscht, auf die der einzelne, ob selbständig tätig oder unselbständig, zugunsten der sozialen Verpflichtung gegenüber dem Mitmenschen verzichten soll – gleichgültig, ob es sich um Leistungen für die aus dem Arbeitsprozeß infolge Invalidität oder Alter Ausgeschiedenen oder deren Hinterbliebene handelt –, um die Erhaltung ganzer Wirtschaftszweige, wie der Landwirtschaft, durch Verzicht auf die Einfuhr billigerer Erzeugnisse aus andern Ländern – oder um die Erhaltung einzelner Wirtschaftszweige durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, wie beim Kohlen- und Buntmetallbergbau – oder um die Erhaltung von Betriebsstätten, die durch die Konzentration der Produktion in einzelnen Großbetrieben überflüssig und unrentabel geworden sind...

Wenn auch in der politischen Auseinandersetzung noch immer mit den alten Begriffen oder auch Schlagworten argumentiert wird, so ist für den im Wirtschaftsleben Tätigen der Uebergang zu neuen Problemstellungen und damit auch zu neuen Methoden in der Wirtschaft und, von dort aus kommend, in der Politik bereits klar erkennbar. Ebenso klar ist es, daß diese Entwicklung neue Persönlichkeitstypen braucht und daher auch hervorbringen wird... Für den Bereich der Wirtschaft fordert das sozialistische Programm die Unterordnung der Schlüsselunternehmungen unter die Demokratie ebenso wie die wirksame Kontrolle der Manager in Demokratie und Verwaltung durch das Instrumentarium einer parlamentarischen Demokratie...

Das Programm der SPOe bekennt sich mit seiner Forderung zur harmonischen Vereinigung von Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung mit der sozialen Verpflichtung gegenüber den Mitmenschen zu einem Persönlichkeitstyp, vor allem im Bereiche der Wirtschaft, der weniger kommandiert und mehr koordiniert; der nicht in der Unterwerfung der Mitarbeiter und der Außenstehenden unter den durch ihn verkörperten Gesamtwillen eines Wirtschaftskonzerns oder auch des von ihm repräsentierten öffentlichen Eigentümers die bestmögliche und den Höchstertrag abwerfende Methode der Wirtschaftspolitik sieht, sondern in der freiwilligen Einordnung der Wirtschaftstätigkeit des einzelnen oder des einzelnen Unternehmens in ein gemeinsames Kraftfeld wirtschaftlicher Tätigkeit; ein Persönlichkeitstyp, der sich dann darauf beschränkt, dieses wirtschaftliche Kräftefeld eines einzelnen Bereiches in den Gesamtbereich der Nationalwirtschaft oder auch übernationaler Organisationen einzuordnen; ein Persönlichkeitstyp, der sich dann darauf beschränkt, Störungselemente zu beseitigen, die entweder den neuen an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen sind oder die sich für ihren Wirkungsbereich Sondervorteile herausholen wollen...

Ich habe es als Ziel meiner Ausführungen betrachtet, einen Einblick in die Ideologie der sozialistischen Wirtschaftspolitik zu vermitteln. Denn uns Sozialisten scheint Wirtschaftspolitik ohne sittliche Grundlage gefährlich. Ohne die Bindung an eine der Allgemeinheit verpflichtete Gesinnung bei der Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit entsteht gerade im Zeitalter der Konzentration von Betriebsmitteln und der Akkumulation des Kapitals die Gefahr eines dem Einzel- oder Gruppenegoismus dienenden Machtstrebens; entsteht die Gefahr unkontrollierter Monopole und Kartelle sowie die Gefahr eines persönlichen Managertums, das nur den Interessen des eigenen Unternehmens oder Konzerns dient. Eine solche sittliche Verpflichtung kann auf der Grundlage einer weltanschaulich-religiösen sowie auch auf der Grundlage einer politisch-ideologischen Bindung beruhen. Die Be-

jahung einer solchen sittlichen Bindung verlangt von einem Demokraten die gleichberechtigte Anerkennung Andersgesinnter neben seiner eigenen Ueberzeugung. Die Mehrzahl von Ideologien wird auch im Bereich der Wirtschaft Machtansprüche bändigen und einseitige Entwicklungen der Produktion, der Verteilung wie der Organisationsformen der Unternehmungen verhindern. Die Mehrzahl von Ideologien auf dem Gebiete der Wirtschaft wird über die Anerkennung eines gleichberechtigten Nebeneinander den Weg zur Zusammenarbeit, zum Miteinander, erleichtern. Denn Menschen, die in ihrer eigenen Ideologie gewohnt sind, sich und ihr Streben einem von ihnen ankerkannten allgeminen Besten unterzuordnen, werden mit Andersgesinnten, aber ebenfalls einem sittlichen Prinzip Dienenden zu Vereinbarungen kommen können, die die Einordnung aller in die staaatliche Gemeinschaft (res communis) und die Bestimmung des Platzes in ihr gestatten.»

*

Zur gleichen Zeit hat «*Die Neue Gesellschaft*» in ihrem Heft 3 (Mai/Juni 1964) einen Aufsatz von Prof. Dr. *Heinz-Dietrich Ortlieb* mit dem Titel «*Freiheitlicher Sozialismus in der industriellen Gesellschaft*» veröffentlicht, aus dem folgende Absätze zitiert seien:

«Der Freiheitliche Sozialismus will eine sich ständig wandelndne Welt bestmöglich gestalten. Der Freiheitliche Sozialismus ist eine Haltung, kein Rezept. Soweit ihm ein Leitbild entspricht, kann es sich nicht auf eine festgelegte Ordnung beziehen, sondern auf eine Rangordnung von Zielen, die der Antwort gerecht wird, die die geschichtliche Situaton von uns erwartet.

Bei der Aufstellung einer solchen Rangordnung muß der Freiheitliche Sozialismus von dem ausgehen, was seit jeher sozialistisches Anliegen gewesen ist: Vom Gedanken der Solidarität der Menschen, von der Beseitigung der Not der Schwachen, von der Verhinderung des Machtmißbrauchs der Starken und nicht zuletzt von der Erziehung der Menschen zur Teilnahme am Gemeinschaftsleben. Von diesen Ausgangspunkten her stehen folgende Ziele gleichwertig nebeneinander:

1. Sicherung eines Lebensstandards, der echte Existenznot beseitigt, und gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen gewährt für alle;
2. Konzentration auf die öffentlichen Aufgaben, soweit sie für die Zukunft auch jedes einzelnen und seiner Nachkommen wichtiger sind als die unbegrenzte Steigerung der Privateinkommen;
3. Erfüllung der Verpflichtungen, die wir aus dem Solidaritätsgedanken heraus auch den Schwachen im weltweiten Rahmen, nämlich den Entwicklungsländern, gegenüber haben;
4. Kontrolle des Gebrauches von Macht in allen ihren Formen;
5. Aenderung unseres Bildungssystems, in dessen Mittelpunkt die Erziehung und Ausbildung zu einem demokratischen Gemeinschaftsleben stehen muß;
6. Sicherung weiterer Leistungssteigerung (Vollbeschäftigung) unserer Wirtschaft, da ohne sie die großen Aufgaben für unser Volk und für die Welt nicht geleistet werden können;
7. Bekenntnis zur freiheitlichen und demokratischen Ordnung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens.»

Walter Fabian.

«*Gewerkschaftliche Rundschau*», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 45 56 66, Postscheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.